

Nr. 20/12 vom 04.11.2020

**Arbeitskreis „Zukunftsenergien“**

**EEG-Novelle 2020 - wie sollte der zukünftige Ausbau der Erneuerbaren gestaltet werden?**

**Berlin. Im Jahr 2030 soll der Anteil der erneuerbaren Energien am deutschen Bruttostromverbrauch bei rund 65% liegen. Mittels der aktuellen EEG-Novelle will die Bundesregierung die Zielerreichung sicherstellen. Im Rahmen des Arbeitskreises „Zukunftsenergien“ am 28. Oktober 2020 wurde darüber diskutiert, welche der geplanten Maßnahmen positiv zu bewerten sind und an welchen Stellen nach Meinung der Stakeholder noch Anpassungsbedarf besteht.**

Die vor wenigen Tagen vom Bundeskabinett verabschiedete EEG-Novelle 2021 sei grundsätzlich ein Schritt in die richtige Richtung, hätte insgesamt jedoch ambitionierter ausfallen können, unterstrich Dr. Christoph Riechmann, Director bei Frontier Economics, im Rahmen des Arbeitskreises „Zukunftsenergien“. Bereits das EEG 2017 habe gezeigt, dass die Direktvermarktung effektiv funktioniere. Auch die Vergabe von Fördermitteln über Auktionen habe, zumindest für PV-Anlagen, zu einer höheren Kosteneffizienz geführt. An der vorliegenden Novelle des EEG sei positiv zu bewerten, dass die Ausweitung der Auktionen und der Direktvermarktung sowie die Vorbereitung des Ausstiegs aus der Förderung vorgesehen sind. Insbesondere die Umstellung auf eine Haushaltsfinanzierung hätte jedoch in größerem Umfang erfolgen können, so Dr. Riechmann. Das Ende der Förderungs-Ära rücke durch die Novelle zwar in „Sichtweite“, setze jedoch ein stabiles Marktdesign und professionelle Marktakteure voraus, die in der Lage seien, sich in komplexen Märkten zu behaupten und es verstünden, das damit verbundene Risiko sachgerecht zu managen.

Der Vorsitzende der Geschäftsführung der Vattenfall Europe Windkraft GmbH sowie Mitglied des Kuratoriums des Forum für Zukunftsenergien e.V., Gunnar Groebler, betonte, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien von zentraler Bedeutung für eine umfassende Dekarbonisierung der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft sei. Er begrüßte, dass der Entwurf bereits vor 2050 eine Klimaneutralität beim produzierten und konsumierten Strom vorsehe und das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Ziel für den Ausbau von erneuerbaren Energien umsetze. Die im Entwurf genannten Annahmen zum Stromverbrauch und die daraus resultierenden Ausbaupfade seien hingegen unrealistisch vor dem Hintergrund des Ziels, die in den Blick genommenen Treibhausgasemissionsminderungen zu erreichen. Er forderte, beim Ausbau stärker in industriellen Maßstäben zu planen und weniger kleinteilig vorzugehen. Ferner sprach er sich dafür aus, den Fokus deutlicher auf das Repowering, die Akzeptanzsteigerung und die Beschleunigung von Genehmigungsprozessen zu lenken. Zusätzlich verlangte Groebler u.a. eine schnelle Umsetzung der Wasserstoffstrategie, eine EEG-Umlagebefreiung für die Produktion von grünem Wasserstoff und die Einführung von Carbon Contracts for Differences für energieintensive Industrien.

Auch Dr. Peter Hoffmann, Associate Director im Bereich Energy System Planning bei der TenneT TSO GmbH, begrüßte grundsätzlich die aktuelle EEG-Novelle. Er umriss, dass TenneT bis 2029 jährlich 4 bis 5 Mrd. Euro in das Stromnetz investieren werde, gerade auch in Anbetracht des erwarteten signifikant steigenden Stromverbrauchs. Dabei gehe er davon aus, dass der absolute Zubau von Erneuerbare-Energien-Anlagen höher ausfallen werde als von der Bundesregierung zurzeit prognostiziert. Da der Netzausbau nur mittels eines langfristig geplanten Vorlaufs erfolgen könne, müsse schon heute ein

EE-Anteil von 80, 90 und 100% im Rahmen der Netzplanung berücksichtigt werden. Dr. Hoffmann betonte, dass Deutschland seinen Energiebedarf nicht ausschließlich aus eigener Produktion werde abdecken können, sondern von energetischen Einfuhren abhängig bleibe. So benötige Deutschland im Zuge der Energiewende die gesamte EE-Produktion des Landes alleine für den Stromsektor. Er empfahl überdies, Elektrolyseure nahe der Stromproduktionsstandorte zu platzieren und dann den dort erzeugten Wasserstoff zu transportieren. Dies sei deutlich preiswerter als umgekehrt, zunächst den Strom zu transportieren und diesen dann für die Wasserstoffherstellung zu nutzen. Gas- und Stromnetze sollten als ganzes System gedacht und bewirtschaftet werden.

Michael Wübbels, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen e. V. (VKU), kritisierte ebenfalls die sehr konservative Stromverbrauchprognose der Bundesregierung und forderte höhere Ausbauziele und Ausschreibungsmengen. Er unterstrich u.a. die Notwendigkeit, Akzeptanz durch finanzielle Beteiligungen der betroffenen Kommunen zu fördern und stärkere Anreize für Investitionen zu setzen. Er begrüßte die Ansätze des Gesetzentwurfs bezüglich der Förderung von Solarenergie in Städten und sprach sich dafür aus, die Mieterstromförderung auch bei angeschlossenen Nachbargebäuden und Nichtwohngebäuden zu gewähren. Beim Thema Bioenergie plädierte Wübbels dafür, neben Deponie- und Klärgas auch Grubengas zu berücksichtigen. Unverhältnismäßig sei laut Wübbels die im Entwurf vorgesehene Pflicht für EE-Anlagenbetreiber, Smart Meter bereits ab einer Größe von 1 kW einzusetzen – hier fordere der VKU die Grenzverschiebung auf 7 kW.

Anschließend diskutierten der energiepolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Prof. Dr. Martin Neumann, MdB, und die Sprecherin für Energie der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen, Dr. Julia Verlinden, MdB, mit dem Vorsitzenden des Arbeitskreises „Zukunftsenergien“, Dr. Frank-Michael Baumann (Geschäftsführer der EnergieAgentur.NRW), über den aktuellen Entwurf zum EEG 2021.

Prof. Dr. Neumann unterstrich, dass ihm im aktuellen EEG-Entwurf insbesondere ein ausreichender Anreiz für die Eigenstromversorgung fehle. Insgesamt verlangte er, in der Realisierung der Energiewende stärker auf marktwirtschaftliche Instrumente zu setzen, sodass keine staatliche Förderung mehr notwendig werde. Die zukünftige Deckelung der EEG-Umlage durch Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt sei dabei ein Weg in die richtige Richtung. Prof. Dr. Neumann plädierte zudem dafür, zukünftig nur noch systemische Lösungen, welche die Versorgungssicherheit sicherstellen, zu fördern. Insbesondere der Aspekt der Versorgungssicherheit werde derzeit im EEG zu wenig beachtet.

Dr. Verlinden hob hervor, dass die Zeit für „Obergrenzen für erneuerbare Energien“ vorbei sei. Sowohl das Problem der zu geringen Ausbaumengen als auch die fehlenden Investitionsanreize würden im aktuellen EEG-Entwurf nicht adressiert. Außerdem passe der prognostizierte Stromverbrauch im EEG-Entwurf nicht zu den Ambitionen bezüglich der nationalen Wasserstoffstrategie, der Elektromobilität und der Sektorenkopplung. Sie hoffe, dass basierend auf dem voraussichtlich verschärften EU-Klimaziel die Ausbauziele noch im aktuellen Gesetzgebungsverfahren zur EEG-Novelle angepasst werden. Eine pauschale Befreiung von der EEG-Umlage bei der Produktion von grünem Wasserstoff lehnte Dr. Verlinden ab und warb dafür, die Befreiung mit weiteren Voraussetzungen zur Systemdienlichkeit zu verknüpfen.

Wir danken der TenneT GmbH & Co. KG, der Vattenfall GmbH und dem Verband kommunaler Unternehmen e.V. für die Unterstützung sowie der Botschaft des Königreichs der Niederlande in Berlin für die Gastfreundschaft.

Die Präsentationen stehen in Kürze für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien e.V. auf der Website (Presse/Publicationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: [info@zukunftsenergien.de](mailto:info@zukunftsenergien.de).

### **Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.**

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen

Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

**Kontakt:**

Forum für Zukunftsenergien e.V.  
Reinhardtstr. 3  
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0  
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9  
[www.zukunftsenergien.de](http://www.zukunftsenergien.de)  
Twitter @FfZeV  
LinkedIn @FfZeV